



HVBG

HVBG-Info 02/1996 vom 12.01.1996, S. 0100 - 0106, DOK 163.12/017-BSG

Erstattungsanspruch der Krankenkassen gegenüber dem RV-Träger bei Rücknahme des Rentenanspruchs (§§ 103 Abs. 1, 107 Abs. 1 SGB X; §§ 50 Abs. 1 Nr. 1, 51 SGB V; § 46 Abs. 2 SGB I) - BSG-Urteil vom 09.08.1995 - 13 RJ 43/94

Erstattungsanspruch der Krankenkassen gegenüber dem RV-Träger bei Rücknahme des Rentenanspruchs (§§ 103 Abs. 1, 107 Abs. 1 SGB X; §§ 50 Abs. 1 Nr. 1, 51 SGB V; § 46 Abs. 2 SGB I);
hier: BSG-Urteil vom 09.08.1995 - 13 RJ 43/94 -
Das BSG hat mit Urteil vom 09.08.1995 - 13 RJ 43/94 - folgendes entschieden:

Leitsatz:

1. Hat ein Rentenversicherungsträger rückwirkend Erwerbsunfähigkeitsrente für eine Zeit bewilligt, für die der Versicherte Krankengeld bezogen hat, so ist der Rentenversicherungsträger der Krankenkasse nicht erstattungspflichtig, wenn die Rentenbewilligung rückwirkend entfallen ist (Anschluß an BSG vom 01.04.1993 - 1 RK 10/92 = BSGE 72, 163 = SozR 3-2200 § 183 Nr. 6 = HVBG-INFO 1993, S. 1705 ff).
2. Der Versicherte kann seinen Rentenanspruch grundsätzlich jedenfalls bis zum Ablauf der Frist zur Einlegung eines Widerspruchs gegen den bereits erlassenen Rentenbescheid zurückzunehmen.
3. Der Befugnis des Versicherten, den Rentenanspruch auch nach der Bewilligung von Erwerbsunfähigkeitsrente in Hinblick auf ein höheres Krankengeld noch zurückzunehmen, steht ein mit der Erteilung des Rentenbescheides bereits entstandener Erstattungsanspruch der Krankenkasse nicht entgegen, es sei denn, diese hätte den Versicherten nach § 51 SGB V unter Fristsetzung zur Antragstellung oder zur Aufrechterhaltung eines bereits gestellten Antrages aufgefordert.

Orientierungssatz:

Da die Antragsrücknahme zum Wegfall einer notwendigen Tatbestandsvoraussetzung des Rentenanspruchs führt, besteht damit ein verzichtbarer Anspruch nicht mehr.